

Pressemitteilung vom 23.11.2017

---

## **Gemeinsam für eine Perspektive für junge Geflüchtete**

Veranstaltung mit Signalwirkung im Domkapitelsaal

**2018 werden voraussichtlich über 850 junge Geflüchtete von der Schule abgehen. Bisher gibt es noch kein Konzept, wie eine generelle Perspektive geschaffen werden kann. Denn viele der jungen Geflüchteten haben nur dann eine aufenthaltsrechtliche Perspektive, wenn sie eine Ausbildung beginnen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Mehrheit der jungen Erwachsenen nach nur ein bis drei Jahren Schulbesuch und Sprachunterricht noch nicht in der Lage sind, direkt eine Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung aufzunehmen. Sie fallen in das Übergangslot zwischen Schule und Ausbildung – und haben mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zu rechnen.**

Im voll gefüllten Domkapitelsaal haben gestern Abend auf der Veranstaltung „**Zukunft möglich machen**“ zahlreiche Fachpersonen aus Schule, Jugendhilfe und Beratungseinrichtungen sowie junge Geflüchtete und viele ehrenamtliche MentorInnen und VormündInnen ihrem Unmut über die momentane Situation Ausdruck verliehen und gemeinsame Forderungen an die politischen Verantwortlichen aufgestellt.

Auf dem Podium hatten zuvor vier Referentinnen das Thema des Übergangs aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. **Sandra Pilster**, Sprachklassen-Lehrerin an der ASB Walle beschrieb, dass nahezu nicht bewältigbar ist, Schüler mit unterschiedlichsten Sprach- und Schulvorkenntnissen in zwei bis drei Jahren auf den Hauptschulabschluss vorzubereiten. *„Wir sollen in die SchülerInnen den Stoff ‚reindrücken‘, den deutsche SchülerInnen in neun Jahren lernen“*, so Frau Pilster. **Claudia Jacob** vom Integrationsnetz BIN berichtete über die Probleme in der Beratung von jungen Geflüchteten im Übergang Schule – Beruf: *„Die jungen Geflüchteten kommen zu mir in die Beratung und sagen als erstes: ‚Ich muss eine Ausbildung finden, sonst werde ich abgeschoben“*. **Jochen Kriesten** vom Aus- und Fortbildungszentrum für den öffentlichen Dienst in Bremen (AFZ) ergänzte: *„Es ist schwieriger geworden, Einstiegsqualifizierungen zu vermitteln, weil die Agentur für Arbeit nun standardmäßig ein B1-Sprachzertifikat voraussetzt – aber viele der Schulabgänger können dieses Sprachniveau in so kurzer Zeit einfach nicht erreichen.“* **Rebecca Karbaumer** berichtete aus Sicht einer ehrenamtlichen Vormünderin, wie belastend die Situation des Übergangs für sie und ihren Mündel, einen jungen Mann aus Guinea, ist. *„Er ist als Analphabet hier hergekommen und will gerne Altenpfleger werden. Der Betrieb, in dem er Praktikum gemacht hat, will ihn unbedingt ausbilden. Aber er würde die Berufsschule nicht schaffen. Ein FSJ als Übergang wurde vom Migrationsamt erst nicht akzeptiert. Ihm drohte die Abschiebung“*.

Aus dem Fachpublikum wurden im Anschluss eine Vielzahl von Bedarfen und Forderungen aufgelistet, die nun den Behörden als Signal übergeben werden soll. *„Wir wollen zeigen, dass in Bremen viele ein Interesse daran haben, dass eine strukturelle Lösung gefunden wird, die eine Zukunft für die jungen Menschen möglich macht“*, so eine Teilnehmerin. Im Vordergrund stand die Forderung nach dem Recht auf längere Beschulung sowie ausreichend Zeit, um sich auf die Aufnahme einer Ausbildung vorzubereiten. Auch die Forderung nach einer aufenthaltsrechtlichen Sicherheit für die Betroffenen stand im Mittelpunkt. Weitere dringende Bedarfe sah das Fachpublikum in der Anpassung der ausbildungsbegleitenden Berufsschulen an die Situation der Geflüchteten, in der Unterstützung für die Betriebe bzw. eine gesetzliche Ausbildungspflicht sowie in der Standardisierung der Schulen.

Nun ist es an Verantwortlichen in Behörden und aus Politik, auf die sachkundigen Forderungen des Publikums und der VeranstalterInnen zu reagieren.